

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

64 (17.3.1920)







Leipzig, 15. März. In Leipzig ist gestern der allgemeine Ausstand erklärt worden. Mittags kam es im Innern der Stadt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Besatzungsteilnehmern und Angehörigen des Zeitfreiwilligenregiments. Soweit bisher festgestellt, wurden mehr als 20 Demonstranten getötet und 55 verwundet. Die Truppen hatten 2 Tote und 5 Verwundete. Gerüchteleise verlautet, daß die Gesamtzahl der Toten auf 50 steigt werden muß.

Leipzig, 16. März. Am Laufe des gestrigen Nachmittags haben an verschiedenen Stellen der Stadt, besonders in der Nähe der Hauptpost mehrfach Schießereien stattgefunden. Das Innere der Stadt ist jetzt militärisch völlig abgesperrt.

Miel, 15. März. Hier ist es gestern zu blutigen Kämpfen gekommen. Die Arbeiter der Schiffswerften hatten sich bewaffnet und der Reichs- und Sicherheitswehr Widerstand geleistet. Verluste an Toten und Verwundeten sind gemeldet.

### Ueberführung der deutschen Regierung nach Stuttgart.

Stuttgart, 15. März. Heute nachmittag 1.05 Uhr traf die Reichsregierung, an ihrer Spitze Präsident Ebert und Reichskanzler Bauer mit Sonderzug von Dresden kommend auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. In ihrem Empfang sind der württembergische Staatspräsident, der Minister des Innern, der Reichsverkehrsminister Dr. Bell und einige Parlamentarier erschienen. Die Mitglieder der Reichsregierung haben im Hotel Marquardt Wohnung genommen.

Stuttgart, 15. März. Von ausfälliger Seite sind mitgeteilt: Heute vormittag 7 Uhr traf Reichsminister Dr. Bell im Sonderzug hier ein und hat sich mit der württembergischen Regierung sofort in Verbindung gesetzt. Reichsminister Dr. Bell sieht die Lage als durchaus günstig für die verfassungsmäßige Regierung an.

### Kleine Verhandlung mit der Putschregierung.

Stuttgart, 15. März. Umlich. Die Putschregierung in Berlin versucht allenfalls im deutschen Lande den Glauben zu erwecken, daß die verfassungsmäßige Reichsregierung mit ihr in Unterhandlungen stehe und das General Wähler als Unterhändler bestimmt sei. Das ist unannehmbar. Die verfassungsmäßige Reichsregierung lehnt jedes Verhandeln mit den Putschisten in Berlin ab, weil sie vor dem Volke die Befassung zu verantworten hat und der Reberzeugung ist, daß jedes Verhandeln Mißtrauen und Verwirrung auslösen werde. Das Unternehmen in Berlin fällt in sich zusammen. Verhandlungen würden die Auerordnung nur verlängern. Deutschland hat nur eine Regierung, das ist die vom Volke verfassungsmäßig gewählte, die zur Zeit von Stuttgart aus die Geschäfte führt. Die Reichsregierung.

### Einberufung der Nationalversammlung.

Stuttgart, 15. März. Umlich. Das Reichskabinett ist Montag nachmittag 4 Uhr in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert und des Reichskanzlers Bauer, des Präsidenten und des ersten Vizepräsidenten der Nationalversammlung und unter Beteiligung der württembergischen Staatsregierung zu einer Sitzung zusammengetreten. Es bestand volle Uebereinstimmung, daß die Nationalversammlung am Mittwoch nachmittag 4 Uhr im Kunstgebäude Stuttgart zusammenzutreten soll. Mit den Staatspräsidenten in Berlin werden feierliche Verhandlungen geschlossen werden.

### Verstärkung des Gesetzes für Hochverräter.

Stuttgart, 16. März. Im Reichsministerium des Innern, das seine Geschäfte in Stuttgart aufgenommen hat, wird ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, nach dem Hochverrat an sich ein Verbrechen ist, das mit einer zeitweiligen oder teilweisen Entziehung des Vermögens zu bestrafen ist. Es ist in Aussicht genommen, das Gesetz mit rückwirkender Kraft auf den 15. März anzuknüpfen, weshalb schon heute diese Ankündigung erfolgt.

### Der Ministerwechsel in Bayern.

München, 16. März. Der bayerische Landtag ist am Dienstag vormittag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, um den Rücktritt der bisherigen Regierung entgegenzunehmen. Präsident Schmidt gab den fast vollständig erschienen Abgeordneten das diesbezügliche vom 14. März datierte Schreiben des Ministerpräsidenten bekannt, in dem der Rücktritt des Gesamtministeriums mitgeteilt wurde. Unmittelbar darauf beantragte Abgeordneter Speck (Bayr. Volksp.) die Vertagung der Sitzung bis nachmittags 5 Uhr, wo die Wahl des neuen Ministerpräsidenten in Aussicht genommen ist. Die Vertreter der übrigen Parteien Limm (Soz.), Haberlein (Dem.), Eidenberger, Dr. Hilpert (Bürgerl. Mittelp.) erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Präsident Schmidt gab darauf folgende Erklärung des Oberkommandos bekannt. Das Oberkommando

übernimmt alle und jede Garantie, daß heute und für die folgende Zeit von keinem Truppenteile der Münchener Garnison ein einziger Mann die Stadt verlassen darf. Damit war die Sitzung beendet. Auf der Zuschauergalerie erblickte man auch Dr. Heim, den bisherigen Reichspräsidenten. Der Landtag hat in seiner heutigen Nachmittagsberatung den bisherigen Regierungspräsidenten v. Kahr mit 22 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 42 Sitze waren unbesetzt.

### Beschlagnahme von Waffen in Baden.

Die Presseabteilung des Ministeriums teilt uns mit: Am gestrigen Tage wurden in verschiedenen Teilen des Landes Waffen und Munition beschlaggenommen, die sich im Besitze von Privatpersonen befanden. Ueber diese Personen ist die Staatsmacht verhängt worden.

### Der deutsche Geschäftsträger bei Millerand.

Paris, 15. März. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer hat gestern nachmittag Millerand einen Besuch ab. Ministerpräsident Millerand hat eine unmittelbare telegraphische Verbindung, sowie Kurierdienst zwischen Paris und Stuttgart zugesagt.

(Daraus darf geschlossen werden, daß die Kontakte mit der Putschregierung nicht in Verbindung treten will. D. Red.)

### Der Generalfreik.

Die Generalfreikbewegung hat ansehnliche über das ganze Reich hinweggegriffen. Es liegen folgende Meldungen vor:

Stuttgart, 16. März. Der von den Gewerkschaften beschlossene zweitägige Generalfreik hat heute vormittag 9 Uhr begonnen. In den Fabriken ruht die Arbeit, Straßenbahnen verkehren nicht. Die Zeitungen werden zum Teil nicht erscheinen. Die städtische Regierung hat den Eisenbahnverkehr für ganz Baden gesperrt, jedoch weder Personen- noch Güterverkehr möglich ist. Man will durch diese Maßnahme vor allen Dingen Militärtransporte verhindern. Durch die Straßen der Stadt ziehen große Menschenmengen.

Stuttgart, 16. März. Die Generalfreikaktion der Staats-eigenen teilt mit: Im Eisenbahnbetriebsbezirk Frankfurt a. M. ist auf Antrag der Streikleitung daselbst von Dienstag, den 16. ds. ab der gesamte Durchgang, Personen- und Güterverkehr eingestellt. Ausgenommen sind die Züge nach und von den besetzten Gebieten.

Frankfurt, 15. März. Die sozialdemokratische Partei Groß-Frankfurt erklärt einen Aufruf an die Bevölkerung von Frankfurt, daß in allen Betrieben mit Ausnahme der Lebensbedürftigen die Arbeit weiter ruhen bleibt. Die Vergütungspächten bleiben geschlossen.

### Gemeindepolitik.

#### Eine traurige Nacht.

In Nr. 48 unseres Blattes vom 28. Februar hatten wir in eingehender Weise das Verhalten der Stadtverwaltung Baden-Baden gegenüber ihren städtischen Angestellten und deren gewerkschaftlichen Vertretung einer Kritik unterzogen. Auf der einen Seite zeigten wir, wie jämmerlich noch die Bezahlung ist, die die Stadt Baden-Baden ihren Angestellten gewährt, auf der andern Seite charakterisierten wir das schändliche, rüchliche Verhalten städtischer Stellen gegenüber der berufstätigen Bezeichnung der Angestellten. Gener Artikel ist nun ansehnlich gewachsen. Herr Dr. Kerschmann hat die Notwendigkeit einer Erhöhung der Gehälter der städtischen Angestellten in Baden-Baden hervorgehoben. Die Stadtverwaltung hat sich zu folgender Stellungnahme hierzu verpflichtet. Dem Verfasser des Artikels müssen eine Reihe von direkten Unrichtigkeiten bewußt oder unbewußt unterlaufen sein; der Ton dieser Beschrift entspricht überhaupt nicht den hier üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten und ist nicht dazu angeht ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß und mit ihm ein großer Teil der Angestellten-Ausschuß, sowie die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen beurteilen vorgenannte Verhöhnung einmütig aufs schärfste und bitten Ihre Lesererschaft dahingehend aufzuklären.

Der Angestellten-Ausschuß bei der Stadtverwaltung in Baden-Baden hat von dem in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes vom 28. 2. 1920. „Stadtverwaltung und städt. Angestellte in Baden-Baden“ Kenntnis genommen und sieht sich zu folgender Stellungnahme hierzu verpflichtet. Dem Verfasser des Artikels müssen eine Reihe von direkten Unrichtigkeiten bewußt oder unbewußt unterlaufen sein; der Ton dieser Beschrift entspricht überhaupt nicht den hier üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten und ist nicht dazu angeht ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß und mit ihm ein großer Teil der Angestellten-Ausschuß, sowie die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen beurteilen vorgenannte Verhöhnung einmütig aufs schärfste und bitten Ihre Lesererschaft dahingehend aufzuklären.

Der Angestellten-Ausschuß bei der Stadtverwaltung in Baden-Baden hat von dem in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes vom 28. 2. 1920. „Stadtverwaltung und städt. Angestellte in Baden-Baden“ Kenntnis genommen und sieht sich zu folgender Stellungnahme hierzu verpflichtet. Dem Verfasser des Artikels müssen eine Reihe von direkten Unrichtigkeiten bewußt oder unbewußt unterlaufen sein; der Ton dieser Beschrift entspricht überhaupt nicht den hier üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten und ist nicht dazu angeht ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß und mit ihm ein großer Teil der Angestellten-Ausschuß, sowie die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen beurteilen vorgenannte Verhöhnung einmütig aufs schärfste und bitten Ihre Lesererschaft dahingehend aufzuklären.

Der Angestellten-Ausschuß bei der Stadtverwaltung in Baden-Baden hat von dem in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes vom 28. 2. 1920. „Stadtverwaltung und städt. Angestellte in Baden-Baden“ Kenntnis genommen und sieht sich zu folgender Stellungnahme hierzu verpflichtet. Dem Verfasser des Artikels müssen eine Reihe von direkten Unrichtigkeiten bewußt oder unbewußt unterlaufen sein; der Ton dieser Beschrift entspricht überhaupt nicht den hier üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten und ist nicht dazu angeht ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß und mit ihm ein großer Teil der Angestellten-Ausschuß, sowie die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen beurteilen vorgenannte Verhöhnung einmütig aufs schärfste und bitten Ihre Lesererschaft dahingehend aufzuklären.

Der Angestellten-Ausschuß bei der Stadtverwaltung in Baden-Baden hat von dem in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes vom 28. 2. 1920. „Stadtverwaltung und städt. Angestellte in Baden-Baden“ Kenntnis genommen und sieht sich zu folgender Stellungnahme hierzu verpflichtet. Dem Verfasser des Artikels müssen eine Reihe von direkten Unrichtigkeiten bewußt oder unbewußt unterlaufen sein; der Ton dieser Beschrift entspricht überhaupt nicht den hier üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten und ist nicht dazu angeht ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß und mit ihm ein großer Teil der Angestellten-Ausschuß, sowie die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen beurteilen vorgenannte Verhöhnung einmütig aufs schärfste und bitten Ihre Lesererschaft dahingehend aufzuklären.

Der Angestellten-Ausschuß bei der Stadtverwaltung in Baden-Baden hat von dem in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes vom 28. 2. 1920. „Stadtverwaltung und städt. Angestellte in Baden-Baden“ Kenntnis genommen und sieht sich zu folgender Stellungnahme hierzu verpflichtet. Dem Verfasser des Artikels müssen eine Reihe von direkten Unrichtigkeiten bewußt oder unbewußt unterlaufen sein; der Ton dieser Beschrift entspricht überhaupt nicht den hier üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten und ist nicht dazu angeht ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß und mit ihm ein großer Teil der Angestellten-Ausschuß, sowie die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen beurteilen vorgenannte Verhöhnung einmütig aufs schärfste und bitten Ihre Lesererschaft dahingehend aufzuklären.

Der Angestellten-Ausschuß bei der Stadtverwaltung in Baden-Baden hat von dem in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes vom 28. 2. 1920. „Stadtverwaltung und städt. Angestellte in Baden-Baden“ Kenntnis genommen und sieht sich zu folgender Stellungnahme hierzu verpflichtet. Dem Verfasser des Artikels müssen eine Reihe von direkten Unrichtigkeiten bewußt oder unbewußt unterlaufen sein; der Ton dieser Beschrift entspricht überhaupt nicht den hier üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten und ist nicht dazu angeht ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß und mit ihm ein großer Teil der Angestellten-Ausschuß, sowie die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen beurteilen vorgenannte Verhöhnung einmütig aufs schärfste und bitten Ihre Lesererschaft dahingehend aufzuklären.

Der Angestellten-Ausschuß bei der Stadtverwaltung in Baden-Baden hat von dem in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes vom 28. 2. 1920. „Stadtverwaltung und städt. Angestellte in Baden-Baden“ Kenntnis genommen und sieht sich zu folgender Stellungnahme hierzu verpflichtet. Dem Verfasser des Artikels müssen eine Reihe von direkten Unrichtigkeiten bewußt oder unbewußt unterlaufen sein; der Ton dieser Beschrift entspricht überhaupt nicht den hier üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten und ist nicht dazu angeht ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß und mit ihm ein großer Teil der Angestellten-Ausschuß, sowie die gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiterorganisationen beurteilen vorgenannte Verhöhnung einmütig aufs schärfste und bitten Ihre Lesererschaft dahingehend aufzuklären.

Da der Angestellten-Ausschuß der schönen Vöderland nicht mitteilt, welche direkten Unrichtigkeiten uns unangehend nicht auflären. Der Angestellten-Ausschuß wird abgelehnt haben, warum er und seine Unrichtigkeiten nach wie es mit dieser Erklärung nachweisen kann. Was sich hat, zeigt folgende Erklärung, die 78 Angestellte auf der Stadt Baden-Baden an den Stadtrat gerichtet haben.

Anlässlich der persönlichen Anfeindungen und Beschäftigung seitens der verschiedenen Vertreter des Stadtrats und eines Teils des bisherigen Angestellten-Ausschusses gegen unseren Kollegen Sulzer (Gen. Sulzer ist der Organisations-Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten, der mit der Stadtwahlstellung verhandelt. Die Red.) gezeigt haben, sehen wir uns veranlaßt dagegen ganz energisch zu protestieren. Wir erklären ausdrücklich, daß Kollege Sulzer nach wie vor unser höchstes Vertrauen besitzt, und wir bitten mit allen seinen Maßnahmen vollständig solidarisch zu sein. Wir können nicht umhin noch zu bemerken, daß Kollege Sulzer weit über den Kreis seiner Geschäft und Verbandskollegen große Ehre und Ansehen genießt und ihm diese beiden Beweise nicht so furchtbar abgeprochen werden können wie es einige Herren in der Verhandlung am 8. März 1920 beabsichtigt haben.

Auch erklären wir, daß der in erwähnter Sitzung angegriffene Artikel uns als ein Postscript ganz aus dem Herzen gegriffen hat und wir ihn vollkommen anerkennen, zumal einerseits der Angestellten-Ausschuß es unterlassen hatte, die Angestellten über die wahren Verhältnisse aufzuklären und sie so zu vertreten wie wir es erwartet hätten, andererseits wir uns aber auch von Seiten des Stadtrats im Vergleich zu den Beamten und Arbeitern in ungedeuter Weise zurückgesetzt fühlen.

Wir denken, das dürfte dem Angestellten-Ausschuß der Stadt Baden-Baden genügen.

I. Unterholsheim, 18. März. Lehen Freitag Abend fand eine Bürgerausschussung statt. Auf der Tagesordnung standen 8 Punkte: 1. Abgabe eines Spielplatzes für städtische Vereine, 2. Abgabe eines Grundstücks der Gemeinde an die Dampfsteigerei hier und Festsetzung des Preises dafür, 3. Abstimmung darüber, ob die Bürgerausschussungen bei Tage oder am Abend abgehalten werden sollen. Von unserer Seite mußte der Herr Bürgermeister wiederum darauf hingewiesen werden, daß auch der Punkt „Verschiebung“ auf die Tagesordnung gehöre; wie forderten, daß dieser Punkt künftig nicht mehr „übergehen“ wird. Vorlage 1 wurde einstimmig genehmigt; auch die Abstimmung, daß die Vereine einen Größtsummen auf dem Platz erstellen dürfen. — Bei Vorlage 2 entspann sich eine längere Aussprache wegen des Preises; es wurde schließlich eine Einigung erzielt, für den Quadratmeter müssen 250 M gezahlt werden. — Die Abstimmung über die Vorlage 3 fiel zu unseren Gunsten aus; wir hatten nämlich den Antrag gestellt, die Sitzung unbedingt am Abend abzuhalten; es stimmten 38 für Abendstunden und 18 für Tagstunden. Schließlich wurden noch verschiedene Anfragen an den Bürgermeister gerichtet, die dieser beantwortete.

Stuttgart, 18. März. Ueber die Finanzlage der Stadt teilte in der letzten Bürgerausschussung Bürgermeister Dr. Dietrich mit, daß die Schulden der Stadt im Jahre 1919 rund 15 Millionen und mit dem, was seither bewilligt wurde, jetzt 22 Millionen betragen. Dazu komme noch eine Schuld von 2 Millionen Zinsen, das sind ebenfalls 24 Millionen.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

Die „Kommunale Praxis“ bringt in ihrer Nummer vom 6. März aus der Feder des Genossen Professor Dr. Oesterreich eine kritische Abhandlung über den Gesetzesentwurf betreffend die Grundsteuer, der gegenwärtig die Nationalversammlung beschäftigt. Letzterer betrifft den Standpunkt der ansehnlichen Schuldenreform, deren Führer er ist. Die Nummer 11 der „Kommunale Praxis“ ist der Frage „Groß-Berlin gebildet. Der Demokrat Oberbürgermeister Domantus und unser Genosse Dr. Bruno Vorshardt, Stadtrat, ordnenordner in Charlottenburg, sowie Stadtrat W. H. Neufeld, sprechen sich in kritischen Abhandlungen aus über das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes der Regierung vom 18. November im Ausschuß der Reichstages-Parlamentarier. Die Nummer bietet eine treffliche Gelegenheit, sich über die geplante Groß-Berliner Gemeindefeststellungsform zu unterrichten.

### Einfache Geschichten.

#### Musikantenblut.

(Schluß.)  
Zah drehte er sich im Sagen um. Durch den Baum lugte ein spinnwebiges Altweibergeßicht und zehn knochen Finger trallerten in die Latten, daß der Rosenkranz flog. Ob solcher Störung erhob sich Franz Wenzel auf, griff eine Erdhölle und lief zum Baum. Doch kriegte er nur mehr den wollenen Stockspieß der Alten hinter dem nächsten Gebüsch zu schauen. Er kroch aber doch durch die Lücke und setzte sich auf die Moosbank dort oben.

Dann spähte er den Waldweg hinauf. Denn was von dort kam, war schon eher des Schauens wert, wie ein altes Weib.

Ein Mädchen schritt von da herunter, noch ein blutjung Ding, schlang wie eine Geiß, mit prallen, jungen Brüsten und strahlenden Blauaugen unter der blonden, dichten Flechtenkrone im frischesten Gesicht.

Der Wenzel hielt den Geigenbogen über den Weg. „Gut, Matinka, wohin?“ „Wo man Sonntags hingehet, in die Kirch halt, Wenzel Propovic.“

„Kommt, Matinka, bleib ein bißel. Kommt doch noch zur Wandlung recht!“ Sie begann sich ein Weibchen und warf einen Blick auf die Fiedel.

„Ja, Wenzel, wenn du mir etwas spielst!“ lachte sie. „Kommt!“ sagte er kurz und rückte beiseite. Sie setzte sich neben ihn und beide sahen eine Weile kumm in den weiten flammenden Sommermorgen hinaus.

In hartem Duft lag da die blaue Kette des Böhmerwaldes vor ihnen, mit kleinen, scharfen Spitzen in der Ferne, im Vordergrund kräftiger gefärbte, laute gewellte Hügel. Da setzte der Wenzel lachte die Geige aus Kinn und begann mit einigen hohen weich perlenden Tönen, ganz leise, so dann weilig klingend aus und kam ins Dunkle.

Drüben standen einige Wälder in dunklen Blaugrün. Die Geige sang voller in Viertel und Halb. Durch die Ebene dort unten blühte ein rasch eilender Fluß. In seinen Ufern stand eine Reihe Büsche silbergrün in langer flucht-dunkle Baumkronen ragten rund und voll darüber hinweg. Mund und tief Klang es aus der Geige, silbern hoch, und rauschte in den Mittelstagen und löste wieder leiser dahinschweben wie fernes Leben.

Ein gewaltiger buschiger Baum, dessen untere Nester nahe den Boden streiften, stand im Vordergrund, über den roten Spitzgebirgen des Städtchens, das man unterhalb der weiten blumigen Weite liegen sah. Und über das Ganze spannte der Himmel sein mit einigen blutroten Wolken. Die Töne wuchelten und fluteten, gingen in lustiges buntes Wogen und Tanzten über und klangen dann in ganz feiner reinigender fernen Not aus.

Das alles sah und flüßte der Wenzel bis ins Herz hinein und geigte es.

Dann ließ er die Fiedel sinken und lehnte sich mit geschlossenen Augen in die Bank zurück.

Das Mädchen hatte kaum atmet, wie in Vergaudeung zugehört.

Jetzt erklang von unten her die Glöde zur Wandlung. Da erhob sie sich von der Bank und küßte den Wenzel voll auf den Mund.

Dann ging sie wieder bergan. Sie wollte nicht mehr in die Kirche, ihr wars, wie Gottesdienst und Feiertag hier oben.

Wie der Dursche die Fingern öffnete, war sie schon weit weg.

Da ließ er sie wieder sinken und sah lange Zeit, ohne sich zu rühren.

Plötzlich stund er auf, kurz, wie ein Mensch, der einen festen Entschluß gefaßt hat und ging beraub.

Im das Städtchen machte er einen Wogen und schlug den Weg nach Deutsch-Dorf ein.

Und so kam es, daß der Wenzel Propovic an jenem sonnblühenden Himmelstagsmorgen durchbrannte und nichts wie seine Geige mit fortnahm.

Der musiklebende Kaiser Franz in Wien hielt sich alle Zeit sein Quartett, in dem er selbst die zweite Geige spielte. In diesem Quartett strich auch ein paar Jahr lang ein Vöhmie die erste Geige, der Wenzel Propovic geheihen haben soll!

### Eine Heringsgeschichte.

Eine Ielder warre Begebenheit von H. L. Homad. Am Hafen zu Ruhrort standen die Menschen in hellen Haufen. „Was ist denn los?“ fragten Neugierige.

Dieses große Schiff ist eben voller Heringe aus Holland eingetroffen. Danti: 500 Tonnen sind 10000 Fennner. Jeder Fennner 500 Stück, das sind rund und nett fünf Millionen Fische. Weist Du, was das bedeutet?“ Stannen ringsum, dann: „Wer bekommt die vielen Heringe?“

„Die gehen nach Süddeutschland, wo sie die Kommunabünde als Fleischerfisch ausgehen.“

Währenddem drängt sich ein Beamter durch die Menge. Aufgeregt verhandelt er mit dem Kapitän des Heringslades. „Haben Sie einen staatlichen Gesundheitschein für die Ware? Nein? Dann dürfen Sie nicht weiter fahren. Ihre Fracht ist noch nicht untersucht. Das Schiff bleibt hier, bis das nachgeholt ist.“

Dem Schiffer geht der Bismar aus. „Dat is ja dumm. Ich soll doch von Tag noch...“

Ausgeschult. Das Gesundheitsamt in Gesehmünde muß die Heringe erst prüfen. So lange bleiben Sie hier, daran ist nichts zu machen.“ Mit diesen Worten unterbricht der Kommissär den Schiffsfahrer.

„Na, dat is ja en dummes Stück. Je je... von Gesehmünde he...“

Telegramm an das Untersuchungsamt Gesehmünde.

Fünf Millionen Heringe Holland hier ankamen. Wasser gutauchlich geprüft werden. Schidet sofort jemand Duisburg zur Abnahme.

Telegramm aus Gesehmünde. Abkommen von hier unendlich. Schidet Heringe Gesehmünde. Untersuchungsamt.







Das badische Volk ist in seiner überwältigenden Mehrheit entschlossen, die Errungenschaften der letzten 1 1/2 Jahre gegen jede Gewalt und jeden Frevel zu verteidigen. (Weisfall.)  
 Während der Sitzung ist ein Antrag der Abg. Maier-Heidelberg (Soz.), Dietrich (Dem.), Schofer (Str.) eingebracht, die Erklärung des Herrn Staatspräsidenten zum öffentlichen Anschlag zu bringen. Der Antrag wird von allen Parteien angenommen, was, wie Präsident Kopp betont, sicherlich entsprechende Wirkung ausüben wird.  
 Um 4.40 Uhr wird die wirkungsvolle Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwürfe und Unterrichtsset.

### Badische Politik.

#### Die Arbeiter- und Beamtenfrage bei der Vereinfachung der badischen Bahnen

Hand im Mittelpunkt der Verhandlungen in der Sitzung des Haushaltsausschusses am Freitag, den 12. d. M. Eine sozialdemokratische Anfrage, ob Finanzministerium und badische Generaldirektion bei der Festlegung der Gruppen, in welche die einzelnen Beamtenkategorien bei der Ueberführung in die Reichsbesoldungsordnung einzureihen sind, mitwirken, wurde vom Finanzminister Dr. Wirth bejaht. Er fügte hinzu, dies geschieht in dauernder Verbindung mit den Organisationen der Eisenbahnangehörigen. Ferner teilte ein Regierungsvertreter mit, daß es innerhalb der Gruppen wieder verschiedene Stellen gäbe für leichte, schwere und sehr schwierige Arbeit. Darnach richtete sich auch die Besoldung. Im übrigen müsse auch gesagt werden, daß gerade die höheren Eisenbahnbeamten in Baden am schlechtesten bezahlt werden.

Von Wichtigkeit ist ferner die Bestimmung, daß die mittleren und unteren Beamten in Baden von der Generaldirektion angeheilt werden. Eine Einwirkung steht den Landesregierungen nicht mehr zu, da die badische Generaldirektion vom 1. April d. J. ab eine Reichsbehörde ist. Die weitere Aussprache drehte sich darum, in welchem Verhältnis bei der Besoldung der Kollegialstellen vorzugehen ist resp. ob Baden darin stärker vertreten sein sollen. Natürlich neigte der Ausschuss in seiner Mehrheit der letzteren Auffassung zu, hielt es aber für kein Unglück, wenn hier und da ein Beamtenauschuss zwischen Süd- und Norddeutschland stattfindet.

Möglichste Sicherheit wird aber angestrebt gegen gewisse Tendenzen, die vielleicht das badische Hinterland an Würzburg, Mannheim an den Eisenbahndirektionsbezirk Mainz und die Bodenseeregion betreuungstechnisch an Stuttgart angliedern würden. — U. a. wurde der Wunsch laut, das Reichsverkehrsministerium solle von Berlin weg verlegt werden. Der Finanzminister erwiderte darauf, das sei unmöglich.

Dann wurde noch auf die Verhandlungen über den Staatsvertrag in anderen Ländern hingewiesen und betont, daß natürlich kein Land andere Rechte beanspruchen könne als sie jede im Rathe gegeben würden. Die Erklärungen Bayerns im Schlußprotokoll zu § 24: „Grundzüge für die Zeit nach der Neugestaltung des Eisenbahnwesens“ zwingen zu dieser Feststellung. Auch die künftige Karlsruhe Generaldirektion soll vor einer neuen Begründung stehen.

Es geht sich bei jedem einzelnen Paragraphen, wie tief einschneidend der Staatsvertrag ist und welche große Bedeutung er für die Umformung unseres Eisenbahnwesens hat.

Ein sozialdemokratischer Antrag betr. die Weinpreise. Die sozialdemokratische Fraktion des Bad. Landtags reichte folgenden Antrag ein: Der Unterschied zwischen dem bisherigen Höchstpreis und demjenigen Preis, der im freien Handel für Traubenwein und Obstwein gilt, ist denjenigen Bingen aus Staatsmitteln nachzubehalten, welche nachweisen, daß sie ihr Erzeugnis des Jahres 1919 zum Höchstpreise verkauft haben. Die Regierung wird ersucht, die erforderlichen Mittel in den nächsten Staatsvoranschlag einzustellen.

Begründung: 1. Der badische Landtag hat in der 20. Sitzung vom 9. März 1920 mit Mehrheit den Antrag der Abg. Koedel u. Gen. angenommen und demzufolge die Regierung ersucht, alsbald die Höchstpreise für Traubenwein und Obstwein aufzuheben. 2. Bei Aufhebung der genannten Höchstpreise erzielen diejenigen Binger welche entgegen den bisherigen Bestimmungen mit dem Verkauf ihres Weines zurückgehalten haben, einen außerordentlichen Gewinn. Dagegen erleiden diejenigen Binger, welche in Achtung vor dem Gesetz und im Vertrauen auf die behördlichen Anordnungen ihre Erzeugnisse zu den gesetzlichen Höchstpreisen abgegeben haben, einen außerordentlichen Schaden. 3. Es ist nicht mehr als billig, den letztgenannten Bingen diesen Schaden zu ersetzen etwa in der Weise, wie man bei dem Brotgetreide und bei den Kartoffeln die im Verlaufe des Erntejahres eingeführten Prämien denjenigen, die vor Einführung der Prämien abgeliefert haben, nachbezahlt hat.

Die Ernährungslage. In der Karlsruher Zeitung äußert sich der Minister des Innern, Kemmle, über die Ernährungslage in Baden und kommt dabei zu dem Schlusse, daß die Veranlassung besteht zu einer gedrückten Stimmung. Mit der Fortdauer wärmerer Witterung helfe die Mutter Erde zum Teil wenigstens die Ernährungslage bessern. Diese sei zur Zeit gespannt, aber nicht trübselig. Sie gebe keine Veranlassung zur Resignation oder zu Beschränkungen schwerster Art. Der Minister schließt seinen Aufsatz mit folgenden Worten: Die Produktion des deutschen Ackerbodens zu steigern, ist die erste Voraussetzung für eine Besserung unserer zukünftigen Ernährungslage. Aber auch bei gesteigerter Produktion bleibt noch das enorme Maß der planmäßigen Erzeugung fortbestehen. Erst die Möglichkeit einer stärkeren Ausnutzung der Auslandsangebote vermag die Nachfrage in Deutschland auszugleichen. Etwas mehr Gemeinnut und etwas mehr Dämpfung der Profitgier hilft die Brücke schlagen zu einem besseren Leben.

Der Ausbau des Murgwerks. Dem Landtag wird in nächster Zeit ein Plan über den Weiterausbau des Murgwerks mit einem Kostenvoranschlag von 100 Mill. Mark zugehen.

Ein begrüßenswerter Erlass. Das bad. Unterrichtsministerium hat an die Schulbehörden sämtlicher badischer Schulen einen Erlass gerichtet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß jedem Schüler bei Beendigung der Schulpflicht ein Abdruck der neuen Verfassung des deutschen Reiches auszuhandigen ist.

### Bewerkschaftliches.

Der Buchdruckerstreik in Mannheim beendet. Nach wieder aufgenommenen zweitägigen Verhandlungen ist es am vergangenen Samstag zu einer Einigung in den Buchdruckergewerbe gekommen. Die Abmachungen lauten dahin, daß die Gehälter am 1. März eine wöchentliche Zulage von 25 M., welche sich ab 15. März auf 40 M. und ab 1. April auf insgesamt 60 M. erhöht, erhalten. Die Streiktage werden bezahlt.

Eine Bezirkskonferenz des Arbeitnehmerverbandes im Fein- und Haasgewerbe fand kürzlich im „Salmen“ in Karlsruhe statt, die gut besucht war. Es waren alle Orte mit Ausnahme von Konstanz und Balingen vertreten, auch auswärtige Gäste hatten sich eingefunden.

Nach Entgegennahme der verschiedenen Berichte der Delegierten leitete Bezirksleiter Conrad in einem kurzen Bericht

# „Die Bewaffnung des Proletariats.“

Das verbrecherische Unternehmen der militärischen und deutschnationalen Staatsfeindverbände, hat innerhalb der sozialistischen Arbeiterkassen begrifflicherweise den Wunsch ausleben lassen, durch die Bewaffnung zuverlässiger Arbeiter einen Schutz gegen unzuverlässige Truppen und staatsfeindliche Anschläge zu schaffen. Seit dem letzten Samstag wird ja in Karlsruhe von bestimmter Seite aus stark nach Erfüllung dieser Forderung gedrängt. In wenigen Stunden soll nun plötzlich nachgeholt werden, was die sozialistischen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit bisher veräußert haben.

Wenn diese, in die Einwohnereinheiten einzutreten, sind nur ganz wenige sozialistische Arbeiter gefolgt — und auch diese wenigen hatten oft noch unter dem Kohn und unter den Verdächtigungen der Arbeitskollegen zu leiden. Die Herren Unabhängigen und Kommunisten, die seit dem Samstag ein so kümmerliches Bedürfnis empfinden, einen brauchbaren Schießprügel in die Hände zu bekommen, haben den von uns propagierten Eintritt in die Einwohnereinheiten nicht nur verhöhnt und verächtlich, sondern auch, soweit sie im Felde gestanden haben, mit dem Hinweis abgelehnt, sie hätten lange genug den Schießprügel getragen, das können jetzt andere belegen.

Jetzt auf einmal möchte jeder von ihnen ein Gewehr haben und sie schreien, wenn man ihnen nicht gleich zustimmt, sofort, das sei ein Zeichen von tiefem Mißtrauen in die Arbeiterkassen und sie werden, wie wir sie kennen, schon in diesen Stunden über Verrat an der Arbeiterkassen zetern, weil ihnen die plötzlich so heiß ersehnten Gewehre nicht sofort ausgeliefert werden. Leider läßt sich ein kleiner Teil auch unserer Genossen durch die Unabhängigen verleiten, mit in das Horn zu treten.

So, wie die Herren Unabhängigen und Kommunisten sich die „Bewaffnung des Proletariats“ vorstellen, ist sie vernünftiger und zweckmäßigerweise nicht durchzuführen. Die Herren fordern, daß die Waffen in die großen Betriebe gebracht und dort von den Arbeitern bewacht werden sollen. Die Erfahrungen, die wir seit dem 9. November mit dieser Art der Bewaffnung von Waffen gemacht haben, sprechen gründlich dagegen ab. Und in den langen Verhandlungen, die wir mit den Unabhängigen und Kommunisten seit Sonntag gerade auch wegen dieser Frage geführt haben, haben wir keinen Zweifel darüber gelassen, daß dieser Weg für uns ungangbar ist. Die Unabhängigen und Kommunisten verbreiten auch eine vollständig falsche Darstellung über die Verhältnisse in der Sache, die zwischen den drei sozialistischen Parteien getrieben worden ist. Es ist nicht derinart und von der Regierung nicht zugestanden worden, daß die von den Arbeitern zum Schutze der Republik gegen kontrerevolutionäre Anschläge zu bildenden Arbeiterformationen sofort Waffen erhalten und in eigene Obhut genommen sollen. Diese Formationen, deren Bildung im Gange ist, sollen nur im Falle einer Gefahr aufgerufen und dann aus Depots der Regierung mit Waffen erforderlichenfalls versehen werden. Ähnliche Vereinbarungen sind auch früher schon mit Vereinigungen getroffen worden, die sich zum Schutze der Regierung und der Ordnung verpflichtet haben. Der Minister des Innern hat in jedem Stadium der Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die „Bewaffnung der Arbeiter“ nur so und nicht anders verhandelt werden dürfe.

Gegenwärtig sind nun Listen aufgelegt, in die sich die Arbeiter eintragen können, die bereit sind und gewillt sind, die Regierung und die Republik im Falle der Gefahr mit der Waffe in der Hand zu schützen. Sind diese Listen abgeschlossen, dann muß natürlich eine äußerst sorgfältige Musterung der auf ihr eingetragenen Personen stattfinden. Auch die Unabhängigen haben bei den Verhandlungen zugegeben, daß unter allen Umständen verhütet werden müsse, daß die Waffen, die in der Stunde der Gefahr ausgegeben werden sollen, in unberufene Hände gelangen. Darum ist völlig unfinnig und gegen alle Abmachungen,

wenn, wie es gestern abend geschehen ist, ein Zug von Demonstranten vor das Ministerium zieht und die sofortige Herausgabe von Waffen an die Arbeiter verlangt. Natürlich lehnt die Regierung das Verlangen ab.

Wir stellen uns die Organisation einer eventuellen Bewaffnung wie folgt vor: sind die Listen abgeschlossen, dann prüfen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen diese Listen genau durch. Wer nicht durch seine politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit als völlig einwandfrei angesehen werden kann, wird natürlich gestrichen. Wir sind ferner der Meinung, daß mindestens verlangt werden muß, daß in die Formationen nur Leute aufgenommen werden dürfen, die sich vor Kriegsausbruch politisch organisiert waren und mindestens acht Jahre auch gewerkschaftlich organisiert sind. So freudig wir auch alle die Sozialisten begrüßen, die erst durch die Kriegswirklungen sich sowohl einer politischen als einer gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen haben, sie müssen doch erst ihre unbedingte Zuverlässigkeit durch eine längere Mitgliedsdauer beweisen. Es könnte einwendet werden, daß sowohl die unabhängigen wie die kommunistische Partei ja erst während des Krieges entstanden sind, also diese Bedingungen gar nicht erfüllen können. Nun, soweit heutige Unabhängige und Kommunisten schon früher Sozialisten waren und als solche ihre Pflicht erfüllt haben, werden sie nachweisen können, daß sie früher der geeinten sozialdemokratischen Partei angehört haben, also die Bedingungen sehr wohl zu erfüllen vermögen. Wenn die Kommunisten nicht der gewerkschaftlichen Organisation angehören, so ist das auch in diesem Falle eben ihre Pflicht.

Wie schon bemerkt, mahnen die Erfahrungen der letzten Monate zur Vorsicht, ebenso die Erfahrungen der jüngsten Zeit. Dazu kommt noch etwas anderes. Die Verteidigung der Republik heißt heute unter allen Umständen, Schutz der Regierung. Am Montag erklärte aber der Landesvorstand der U.S.P. in einem Auftrage, daß die Unabhängigen gar nicht daran denken, für die Regierung auch nur einen Finger krümmen zu machen. Nach ihrer eigenen offiziellen und öffentlichen Kundgebung sind die Unabhängigen nicht gewillt, die Regierung zu schützen. Da fragen wir — und diese Frage drängt sich geheimerisch auf — zu was wollen denn die Unabhängigen die Waffen haben? Sie wollen keinen Finger zum Schutze der Regierung krümmen machen und zugestandenemmaßen ist ihnen die heutige deutsche Republik Wursch, denn sie wollen ja die Räterepublik. Da können sie es schließlich weber der Regierung noch uns Sozialdemokraten denken, wenn wir die gebotene Vorsicht bei der Bewaffnung der Arbeiter walten lassen. Die eigenen Worte und Kundgebungen der Herren zwingen uns wohl oder übel zu dieser vorsichtigen Stellung. Und die Tatsache, daß z. B. Herr Kruse gestern vom Wallon des Rathhauses herab Mitteilungen über die Bewaffnung der Arbeiter gemacht hat, die nicht den Abmachungen entsprechen, zwingt uns, der so plötzlich und so stürmisch erwachten Liebe der Unabhängigen und der Kommunisten nach Schießprügeln mit dem gesunden Mißtrauen gegenüber zu stehen, das ja eine gute demokratische Tugend ist. Und wir hoffen, die Arbeiter in ihrer Mehrheit werden mit uns der Meinung sein, daß gründlich geprüft werden muß, wer in der Stunde der Gefahr Waffen erhalten kann. Ausgegeben sind nämlich die Waffen schnell, erfahrungsgemäß bekommt man sie aber nur sehr selten und sehr schwer wieder zurück. Das würde auch zutreffen, selbst wenn sie in die von Betriebsräten behüteten Depots zurückzuwandern sollen.

seine bisherige Tätigkeit in 9. Bezirk dar, die die Zufriedenheit aller Delegierten fand. Er erläuterte auch die großen Schwierigkeiten, welche noch zu überwinden sind, bis eine allgemeine Zusammenarbeit mit den einzelnen Zweigvereinen möglich ist.

Kollege Ernst Winnen legte in einem großartigen angelegten Referate die wirtschaftliche Lage und Aufgaben des Verbandes dar. Er stellte die schlechte Lage in unserem Verufe fest und betonte wiederholt, daß nur der feste Zusammenschluß unserer Organisation uns zu einem besseren Auskommen verhelfen kann.

Zum Verbandstarifvertrag wurde folgender Rahmen aufgestellt und festgelegt: 1. Vollständige Sonntagsruhe, 2. 48stündige Arbeitszeit, 3. Gewährung von Urlaubstagen, 4. Vergütung von Handwerkszeug, 5. Beschaffung von Kost und Logiszwang, 6. Beschaffung und Entlohnung des Lehrperonal. Eine Kommission wurde mit der weiteren Arbeit des Tarifvertrages beauftragt.

Es folgte sodann eine Aussprache über die Lehrlingsausbildung und das Volontariatwesen, sowie ein Vortrag über „die fachlichen Aufgaben“. In einer Entschließung wird vom Verbandsvorstand u. a. ein einheitlicher Zug in der Bekämpfung der Lehrlingsausbeutung ermartet. Zur Frage der fachlichen Ausbildung stand die Veranlassung auf dem Standpunkt, daß dieselbe von ausschlaggebender Bedeutung sei und auf eine möglichst hohe Stufe gestellt werden müsse. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt und Kollege Conrad schloß nach einem kurzen Rückblick auf dieselbe mit anfeuernden Worten die Versammlung.

### Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Durch den allgemein günstigen Geschäftsgang in Baden ist die Arbeitsmarktlage in der Woche vom 1.—7. März weiter gut geblieben. Die Zahl der Erwerbslosen ist wiederum um 252 gesunken und beträgt nun noch 5310. Die in Karlsruhe eingetretene Erhöhung um 90 Erwerbslose ändert nichts an der günstigen Entwicklung.

Die Lage in der Land- und Forstwirtschaft ist noch unbedeutend. Auf den andern Arbeitsgebieten wie in der Metall- und Maschinenindustrie, der Holzindustrie und anderen konnte bis jetzt Angebot und Nachfrage noch immer so ziemlich ausgeglichen werden.

Mehrere Firmen mußten wegen Rohstoffmangels, Ausbleibens von Getreidelieferungen und anderer Materialien ihre Betriebe schließen. Infolge verbesserter Kohlenzufuhr konnten 2 Firmen ihren Betrieb wieder voll aufnehmen, wodurch etwa 45 Frauen und ca. 20 Männer Arbeit finden konnten.

Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Woche vom 1.—7. März 211 987 M. in der Woche vom 28. d. M. verausgabt, für Arbeitszeiterläuterung 45 123 M. Mit Kosthändarbeiten waren in dieser Woche noch 8810 Erwerbslose beschäftigt, gegenüber 4134 in der Vorwoche. Der starke Rückgang ist auf die mehrfache Fertigstellung von Kosthändarbeiten zurückzuführen, darunter in Karlsruhe, wo durch Beendigung der Ar-

beiten im Rheinhafen und im Stadtgarten zusammen 200 Arbeiter zur Entlohnung gekommen sind. Teilweise Unterbringung in anderen Betrieben war bereits möglich.

#### Neuer sozialer Verband bei der Handwerker-Krankenkasse.

Allüberall sehen wir, daß für die Beamten und Arbeiter etwas geschieht, damit sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Wie uns mitgeteilt wird, soll der badische Landesverband selbständiger Handwerkerkrankenkassen, sich konstituieren, hieron seinen Beamten gegenüber eine nicht rühmliche Ausnahme machen. Wenn man die Begläubter Beamten und deren Ausgaben betrachtet, so könnte man glauben, daß die Leitung des badischen Landesverbandes die Härte der Steuerung noch nicht berührt hat, denn sonst müßten sie den Beamten doch endlich auch einmal eine Feuerungszulage zukommen lassen. Soweit für heute, sollte aber in nächster Zeit nichts für diese Beamten geschehen, dann wären wir gezwungen, die Sache eingehender zu behandeln.

Verbandsrat des badischen Maler- und Tischlermeisterverbandes. Letzte Woche fand in Karlsruhe unter harter Beteiligung auch von auswärtig der Verbandsrat des badischen Maler- und Tischlermeisterverbandes statt. Der Vorsitzende Malermeister Laeozig-Karlsruhe sprach über die jetzige Lage im Malergewerbe, wobei er besonders die Schwierigkeiten der Preisbildung bei dem fortgesetzten Steigen der Preise und der Löhne erörterte. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß von den 900 Malermeistern in Baden 700 dem Verband angehören. Ein zweites Referat über die Beschaffung der Materialien hörte die Versammlung von Herrn Sahmer aus Mannheim, die nach wie vor eine sehr schwierige sei, da die Rohprodukte größtenteils aus dem Auslande kammen. Eine Preisermäßigung sei vorläufig nicht zu erwarten.

An diese beiden Vorträge schloß sich eine Aussprache. Es wurde dabei u. a. bemerkt, eine Sozialisierung des Handwerks sei abzulehnen, da diese schließlich den Untergang des Handwerks herbeiführe; die Selbsthilfe des Handwerks sei jetzt mehr denn je notwendig, wenn es nicht bei den ungeheuren Umwälzungen auf dem Wirtschaftsmarkt ganz an Selbständigkeit verlieren wolle.

Tarifverhandlungen im Gastwirts- und Metzgergewerbe. Der Landesverband der badischen Gastwirts- und Metzgergewerbe, der badische Schwarzwalddotter, der Landesverband der badischen Kaffeehausbesitzer, der Landesverband der badischen Bahnhofsleute und der Verband der Schank- und Gastwirte Deutschlands haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft für das ganze Land zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft hat eine Tarifkommission gebildet, die Kommission hat sich mit den vorliegenden Fragen bereits in mehreren ausführlichen Sitzungen befaßt. Sobald sie ihre Arbeiten abgeschlossen hat, wird der Vertragsentwurf der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer zugehen. Als Syndikus wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Max Domburger in Karlsruhe bestellt.



# Der Generallstreik in Karlsruhe.

Nun ist es wahr geworden, das schöne, aber auch furchtbare Wort: Generallstreik. Schön, weil in ihm sich das Wollen von Tausenden, Millionen Menschen zu einheitlicher Tat zusammenfaßt, weil der Idealismus, der Glaube an eine Idee, an eine große und schöne Sache, hier seinen heftigsten Ausdruck findet. Furchtbar, weil es die schärfste Waffe des arbeitenden Volkes ist, die nimmer heilende Wunden schlägt und den Tod bringt. Und die deshalb nur angewandt werden darf in der Stunde der höchsten Not und Gefahr. Alle Widerstände still, wenn dein starker Arm es will! Sie standen gestern still, im ganzen Lande Baden. Still, weil eine Stunde höchster Not gekommen war, weil Volk und Vaterland durch das gewisse, verheerende Treiben einiger Säurken dem Untergang entgegengetrieben werden sollten. Um der drohenden Gefahr zu begegnen war die Anwendung der schärfsten Waffe notwendig. Die Arbeiterschaft wach! Die Hoffnung der Reaktion, daß der gegenwärtige Kampf in der Arbeiterschaft ein ohnmächtig gemacht hätte, ihre politische Zurückhaltung und Schwächlichkeit der letzten Zeit sie schwach gemacht hätte, ist aufgehoben geworden. Die Arbeiterschaft steht alarmbereit! Der gestrige Tag war ein Appelltag, ein Tag der Ertüchtung über die Arbeiterbataillone. Ein Tag der Warnung an die Reaktion, in ihrem Treiben einzuhalten. 24 Stunden nur ruhte die Arbeit im Lande. Kein Mädchen bewegte sich in den Fabriken, keine Feder auf den Büros, kein Zug rolle durch das Land, kein Verkäufer stand hinter dem Ladentisch. Der Tag war das Warnungssignal für die Verneinung, für die Verkünder, die dem Volke seine Freiheit, seine Menschenrechte rauben wollten. Sie sind nun gewarnt, der eine Tag mag ihnen gezeigt haben, daß die Arbeiterschaft geschlossen zusammensteht, wenn es gilt, die Revolution zu verteidigen, daß sie mit rücksichtsloser Entschlossenheit die ungeheure Macht und Wucht ihrer Arbeitskraft einzusetzen gewillt ist, wenn ihre Rechte bedroht sind.

Dem Aufmarsch der Reaktion gegen die Republik stellte sich gestern der Aufmarsch der Republik gegen die Reaktion gegenüber. Und es war ein glänzender Aufmarsch der Republik, der republikanischen Arbeiterschaft, ein Aufmarsch, dem sich nur die große Demonstration am 1. Mai letzten Jahres entgegenstellen kann. Wie damals zeigte auch gestern die Stadt das Bild feierlicher Ruhe. Alle Betriebe, Läden, Büros waren geschlossen, die Straßenbahn und Staatsbahn verkehrten nicht, die Post hatte Sonntagsdienst, die Zeitungen erschienen nicht; das wirtschaftliche Leben stand still. Aber: Am 1. Mai aus Freude über den Sieg der Revolution, gestern zur Abwehr der Reaktion. Aber beidemal gleich wichtig, gleich wirkungsvoll. Die Reaktion weiß nun: Auch die Karlsruher Arbeiterschaft wach! Und wie sie wacht, das zeigte der Aufmarsch der Arbeiterbataillone aus den Stadtteilen und die Massenversammlung auf dem Marktplatz. Von 9 Uhr ab sammelten sich die Gewerkschaften, Vereine und Betriebe an den bekannt gegebenen Stellen in den einzelnen Stadtteilen. In riesigen Rügen folgte der Aufmarsch auf den Marktplatz. Von der Südstadt kamen die Eisenbahner mit ihrer mächtigen roten Fahne mit dem Mittelrad, die Lokomotivführer, die Arbeitergewerkschaft der Südstadt mit ihren Fahnen; von der Oststadt kamen die Arbeiter von Haid u. Neu, von Wolff u. Sohn, die Straßenbahner, die Genossen von Rintheim, von Durlach, von Köhlingen, Böllingen und dem Fingstal; aus der Weststadt kamen die Arbeiter der Maschinenbaugesellschaft, von Junker u. Kuhl, von Sinner-Grünwinkel, von den Lederwerken, die Arbeiter der Rheinischen Betriebe, die Genossen von Mühlburg, Grünwinkel, Durlach, von Anielingen, Gulach, Messing und Leutgammurau, Bughausen, die freien Turner, mehrere Arbeitergewerkschaften usw. Immer neue Scharen stießen zu den Anmarschierenden. Immer mehr füllte sich der Marktplatz. Schwarz von Menschen war der weite Platz, Kopf an Kopf standen Tausende, Zehntausende, ein Meer von Menschen. Und alle befehl von dem einen Willen: Gegen die Gegenrevolution, gegen die Reaktion.

Mächtig erscholl nach den Eröffnungsworten des Kartellvorstehenden Gen. Hof der von den vereinigten Arbeitergewerkschaften gesungene prächtige, mächtige Chor „Lord Nelson“ über den weiten Platz, als Auftakt zu den Reden der Genossen Philipp, Kiefer und Erb, sowie Glanzmann vom Gewerkschaftsbund, die vom Balkon des Rathauses, des Hotels Große und der städtischen Sparkasse aus zu den Massen sprachen.

Es waren eindringliche, ernste Worte, die die Genossen fanden. Eindringlich schilderten sie, was auf dem Spiele steht, welche Gefahren der Arbeiterschaft bei einem Scheitern der Berliner Verbotsaktion drohen. Wie gerade die höchste Errungenschaft der Revolution, der Achtunderttag in größter Gefahr sei, aber auch all die übrigen sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution und der jungen Republik. Ein Verräter an der Republik, wer nicht zu ihr hält in der Stunde, wo eine brutale Junkertirade die Herrschaft an sich zu reißen verdirbt; ein Verräter auch an sich selbst und seiner Familie. Nicht Aufgabe ist es, heute neue Forderungen zu stellen, sondern vor allem das Erreichte zu schützen gegen die Reaktion und ihre Helfershelfer, zu denken auch die „Badische Presse“ mit ihren beunruhigenden Sensationsmeldungen gehörte. Mit dem Gebot, Republik und Verfassung zu schützen und beglückseligt aufgenommenem Hoch auf die Freiheit „Glossen die Redner ihre Ansprachen. Der allmächtige Chor „Ich warte dein“ der Arbeitergewerkschaften schloß den ersten, offiziellen Teil der Veranstaltung.

Was weiter folgte, wollen wir zum inoffiziellen Teil nehmen, denn es war nicht auf dem Programm vorgesehen und entsprach auch nicht dem Willen des weitens größten Teils der Versammlungsbefugter. Als unvorhergesehene Redner traten Stadtrat Jung, Stadtr. Kruse und Stadtrat Trabinger auf. Während Kruse mit den üblichen unabhängigen Schlagworten operierte, die längst keinen Eindruck mehr machen, und deren Unrichtigkeit durch Hinzufügen weiterer Unrichtigkeiten nicht richtig werden — behauptete er doch, die Regierung habe den Beamten für drei Monate den Gehalt vorausbezahlt, des weiteren verlangte die Freigabe der politischen Gefangenen, obgleich er doch genau weiß, daß in Baden sich kein politischer Gefangener in Haft befindet — fanden die Ausführungen seines Parteifreundes Jung im direktesten Gegensatz dazu. Wenn alle Unabhängigen so ehrlich denken und handeln würden wie Jung gestern sprach, dann wäre eine Verständigung mit den Unabhängigen rasch gefunden. Jung betonte wiederholt, daß bei aller Gegenwärtigkeit der Anschauungen, die uns von einander trennen, es heute nur eines geben dürfe, den gemeinsamen Feind, die Reaktion abzuwehren. Ist dieser Feind zurückgeschlagen, dann mag der Kampf wieder weitergehen. Das war und ist auch unser Standpunkt von Anfang an. Wie viele Unabhängige auf demselben Standpunkt stehen wie Stadtrat Jung, wissen wir nicht, man ist ja nicht einmal bei denen hier, ob es ihnen ernst ist, die solche Ansprüche tun. Siehe die Ausführungen Kruses und der Aufruf der unabhängigen Partei in der Montag-Ausgabe der „Sozial. Republik“.

Ueber Trabinger und seine Freunde ist nichts weiter zu sagen. Es war die gleiche Auflage wie letzten Sonntag. Es ist nachgerade ein unerträglicher Zustand, daß sich die Karlsruher Arbeiterschaft dieses Kanakbais Treiben einer kleinen Skarabäenbrüder, von denen die meisten wohl noch nie einen gewerkschaftlichen oder politischen Vortrag, wohl nicht mal in der kommunikativen Partei, gehalten haben, bieten läßt. Geiern hatten eine Anzahl unserer Genossen mal das Treiben dieser zum Teil halbblödsinnigen Schreier satt und verabschiedeten ihnen eine Tracht Prügel. Die Empörung der Arbeiterschaft über dieses tolle Treiben war allgemein. Ueber die „Rede“ Trabingers erübrigt sich ein Wort zu verlieren. Man kennt den Mann — und schämt ihn danach ein.

So bedäunend und traurig diese Vorgänge waren: Sie vermochten nicht den gewaltigen Eindruck der Demonstration zu beeinträchtigen und abzuwischen. Die Karlsruher Arbeiterschaft ist auf dem Posten, die Reaktion möge den Kampf wagen, wenn es ihr gelüftet. Dem entschlossenen Willen der Reaktion setzen wir den unsern entgegen. Die Karlsruher Arbeiterschaft ist jede Stunde bereit, die Errungenschaften des 9. November zu verteidigen.

## Aus der Stadt.

**Parteiversammlung.**  
Die Parteiverammlung am Montagabend im „Auerhahn“ war außerordentlich stark besucht, jedoch der Saal überfüllt war und viele stehen mußten. Redakteur Genosse Schöbflin berichtete über die politische Lage und die neuesten Ereignisse. Seine Ausführungen wirkten in der Ueberzeugung, daß die Kappregierung zusammenbrechen muß. Für uns in Süddeutschland gilt es vor allem, Ruhe zu behalten, dann wird die Reaktion kaputt gehen. In den Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte, in der auch die Frage der Bewaffnung des Proletariats besprochen wurde. Es wurde beschlossen, in entsprechender Vorbereitung durch Organisierung einer Arbeiterwehr einzutreten.

**Heute Abend keine Parteiversammlung.**  
Die auf heute Abend angelegte Parteiversammlung fällt aus. Dafür findet um 6 Uhr im „Auerhahn“ eine Vorstandssitzung statt.

**Chopin-Abend des Bildungsausschusses.** Der am nächsten Freitagabend, 19. März, angelegte Chopin-Abend von Herrn Dr. G. M. a. n. muß im Hinblick auf die unruhigeren politischen Verhältnisse um einige Tage verschoben werden. Er findet, wenn irgend möglich, nächste Woche statt. Die bisher gekauften Programme behalten natürlich ihre Gültigkeit.

**Todesfall.** Der in weiten Kreisen bekannte Bildhauer Fidel Ring ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Der Dahingekedene war ein sehr tüchtiger Bildhauer, dessen künstlerische Arbeiten überall Anerkennung fanden.

**Der Karlsruher Ortsverband der Beamtenvereine** beruft seine Mitglieder zu einer heute Abend im „Friedrichshof“ stattfindenden Versammlung ein, in der zu der Frage der durchgehenden Arbeitszeit Stellung genommen werden soll, damit vor einer etwaigen Neuregelung der Arbeitszeit die Wünsche der Beamenschaft in dieser Hinsicht klar zum Ausdruck kommen. Im Anschluß daran wird über den Stand der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Beamten Aufschluß gegeben.

**Dr. Kriegsgefangenenheimkehr.** Der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus französischer Hand ist noch nicht beendet. Es fehlen allein für Karlsruhe noch rund

200 Mann. Am Sonntag kam ein Transport von 330 Beamtenlehrern aus dem Durchgangslager Kaulung auf der Fahrt nach Frankfurt hier durch. Trotz der Aufregungen, die der gestrige Tag brachte, wurde den Heimkehrern ein herzlicher Empfang bereitet. Der Buchdrucker-Gesangverein „Typographia“ sang unter Leitung seines Chormeisters Herrn Neuhäuser während des Aufenthaltes des Zuges. Die Heimkehrer waren nach allem dem, was sie in Konstanz und auf der Fahrt erfahren, in niedergedrückter Stimmung; die auch durch die vollen guten Vorbereitungen der „Typographia“ nicht ganz zu haben war. Tausend Fragen mußten beantwortet werden. Und die anwesende Arbeiterschaft gab die richtige Auskunft.

**Passionsspiele.** Wie aus dem Jazerat ersichtlich finden nur noch 2 Aufführungen der Art Oberammergau Passionsspiele statt und zwar am Dienstag und Mittwoch, den 16. und 17. März jeden Abend 7 Uhr und eine Extra-Nachmittag-Aufführung am Mittwoch nachmittags 2 1/2 Uhr, zu welcher auch Schüler Zutritt haben.

## Buchdruckerstreik im Bezirk Karlsruhe.

Die ca. 800 Buchdrucker im Bezirk Karlsruhe stehen im Streik infolge Lohnunterschieden. In Karlsruhe selbst wurde die Arbeit am Montagabend niedergelegt. Die bürgerlichen Zeitungen können nicht erscheinen, nur die beiden sozialistischen Zeitungen, der „Volkshfreund“ und die „Soz. Republik“, kommen heraus, da sie die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben. Zum Streik und seiner Vorgeschichte erklärt der Verband der Deutschen Buchdrucker in einem Flugblatt nachstehende Aufklärung an die Bevölkerung:

Am 27. Februar dieses Jahres begannen in Berlin Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Buchdruckgewerbes wegen Teuerungszulagen an die Gehilfen. Nach mehrtägigen ergebnislosen Verhandlungen wurde von beiden Seiten der Beschluß gefaßt, das Reichsarbeitsministerium um einen Schiedsspruch anzugehen. Von dort aus wurde ein Vermittlungsspruch festgelegt, der folgende Zulagen vorsieht:

- In den großen und teuren Orten erhalten:
- die Gehilfen pro Woche 60.— Mark
- in mittleren Orten . . . 55.— „
- in den kleineren Orten 50.— „

Die ledigen Gehilfen erhalten von obigen Sätzen 5.— Mark weniger.

Eine am 1. Januar bewilligte Kartoffel- und Brotzulage von 10 Mark an Verheiratete und 5 Mark an Ledige wird von obigen Sätzen in Abzug gebracht!

Die Bezahlung dieser Teuerungszulagen soll in 3 Raten und zwar am 1. März, 15. März und 15. April zu je einem Drittel zur Auszahlung kommen.

Die Gehilfen nahmen den Schiedsspruch an, obgleich er den teuren Verhältnissen keineswegs entsprach; die Arbeitgeber jedoch lehnten ab. Vergleicht man damit die in den letzten Monaten und Wochen geforderten Druck- und Anzeigenpreiserhöhungen, die ständig steigenden Zeitungsabonnementspreise, Ertragsminderungen des Trägerlohns usw., so ist die ablehnende Haltung der Unternehmer ihren Gehilfen gegenüber nicht verständlich.

In verschiedenen norddeutschen Städten, sowie auch in Mannheim, haben die Arbeitgeber auf das Borgehen der Gehilfen, den Spruch des Reichsarbeitsministeriums anerkannt, ja zum Teil entsprechend den weiterhin gestiegenen Preisen für Lebens- und Bedarfsartikel mehr bewilligt.

Am Montag wollte die Organisation der Buchdruckergehilfen des Bezirkes Karlsruhe mit den hiesigen Arbeitgebern eine Besprechung herbeiführen, bekamen aber folgenden Bescheid:

**„Solange wir keine Instruktionen der Zentralleitung haben, können wir in Verhandlungen nicht eintreten.“**

Auf diese brutale Antwort beschlossen die Gehilfen, in den Anstand zu treten, um ihre berechtigten Forderungen zum Durchbruch zu bringen.

Daß die Löhne der Buchdruckergehilfen weit hinter den anderen gelernten und ungelernten Arbeitern zurückgeblieben sind, geht aus folgenden tariflichen Sätzen hervor, die seit 15. Dezember 1919 bezahlt werden:

- Gehilfen bis zu 21 Jahren: 2,60 Mk. in der Stunde
- „ von 21—24 Jahren (verh.) 2,75 Mark,
- ledige 2,72 Mark in der Stunde
- „ über 24 Jahre (verh.) 2,92 Mark,
- ledige 2,76 Mark in der Stunde.

Mit diesen Löhnen können die Gehilfen bei der bestehenden und noch fortwährenden Teuerung nicht durchkommen.

Bekanntlich haben die badischen Gewerkschaften beschlossen, ab 15. Januar 1920 für alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine Erhöhung des Lohnes um 1,50 Mk. pro Stunde durchzuführen. In den meisten Betrieben ist diese Lohnerhöhung durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern auch erreicht worden und werden heute Stundenlöhne für gelernte und ungelernte Arbeiter von 3,50—5.— Mk. bezahlt.

Selbst bei Bewilligung der vom Schlichtungsausschuß den Buchdruckern zugesprochenen Teuerungszulagen bleiben die Löhne hinter denen anderer Berufe noch zurück.

Wir erliegen die Eintrocknung, die Buchdruckergehilfen in ihrem gerechten Vorgehen zu unterstützen.

In die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen rufen wir aber den Appell, uns mit allen Mitteln zur Erreichung unserer gerechten Forderungen an die Hand zu setzen.

## An die freigeorganisierten Arbeiter und Ungeheften!

Das Gewerkschaftskartell hat in Verbindung mit den Christl. Gewerkschaften den Generallstreik für ganz Baden beschlossen, um der Militär-Regierung in Berlin zu zeigen, wie der Süden sieht.

Die wirtschaftlichen Erfolge der Revolution sind durch die Diktatur in Berlin bedroht und wurde deshalb auch verlangt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen Arbeiterbataillone gründen sollten und hat auch die Regierung im Prinzip Waffen für diese durch die Gewerkschaften gebildeten Formationen zugesagt. Es sollen somit in erster Linie unsere wirtschaftlichen Errungenschaften verteidigt werden.

Nun aber sind von den sozial. Parteien die Bewaffnung ihrer Parteilangebrigaden gefordert. Dies würde unter Umständen zu politischen Putzschne führen und hat mit unserer Sache nichts zu tun.

Wenn von unabhängiger und kommunistischer Seite der Versuch gemacht wird, die Arbeiter zu politischen Zwecken aus den Betrieben zu holen, so fordern wir diese auf,

### dies strikte abzulehnen!

Nur das Gewerkschaftskartell hat das Recht, dertartiges zu beschließen!

Der Generallstreik ist beendet! Die Reaktion von rechts ist gewarnt! Nun heißt es Ruhe und Besonnenheit bewahren.

**Darum, organisierte Arbeiter und Ungeheften, laßt euch nicht zu politischen Putzschne, weder von rechts noch von links mißbrauchen.**

### Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Hof. Erb.







Seite 6.

hauptstadt

eres Sportprogramm...  
e. - 8. Kreis...  
Gertrud...  
Hilf Müll...  
s Kar...  
Belsohn-W...  
ohne Wort...  
Im Wald...  
Präulchen...  
Belsohn-W...  
ne Worte...  
- 10. So...  
hoben. G...  
Kleiner M...  
neider. -  
b) Spielen...  
r. -  
am Mittwoch...  
2273

enburg.

u und Meißner

kurs

die Nat. An...  
t. -  
Schul...  
62

tside.

gen.

ng betr.

Grund der

über die Ar...  
den Wohl...  
gleichem...  
weiblichen...  
n fämtlichen...  
mittlung der...  
einschneid...  
her fämtliche...  
ge dem zu...  
Ebenso hat...  
ng die Zahl...  
einschneid...

acht, daß die

n ihren Bei...  
der auftrag...  
des Arbeits...  
ort gemel...

Schriften über

strafen bis

652

in Jahren

und 1. Juni

8,95 10,15

8,90 10,10

8,05 10,25

9,10 10,80

9,15 10,35

9,10 10,30

9,15 10,35

8,90 10,10

8,80 10,10

8,30 10,50

9,05 10,25

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25

8,20 10,40

1,55 21,75

2,75 22,95

2,65 22,85

2,30 22,50

3,90 24,10

3,95 24,15

3,10 23,30

1,75 21,95

3,95 24,15

1,40 21,60

9,05 10,25



**Hermann Volk**  
Dentist  
Sternbergstrasse 1a  
Sprechstunden für Zahnkranke:  
Vorm. 9-12, Nachm. 4-5-6. 2113



**Herrenstoffe**  
In schwarz, blau und marango,  
sowie in heilen und dunkel-  
gemusterten, soliden Qualitäten  
zu mäßigen Preisen.  
Ereklässige Mass-Anfertigung.  
**Julius Löwe**  
Werderplatz 25  
(Stadtstadt).

**Stroh-Hüte**  
werden nach den neuesten Formen  
**umgeformt**  
Mittelbadische Hutfabrik  
Schneider & Hanselmann  
**Krienstrasse 70**  
nächst Rippurrerstrasse. 2061

Beste handhabungssichere  
**Sprengstoffe, Sprengkapseln mit  
Zündschnur** 1713  
zum Sprengen von Baumstumpen.  
**Pulverfabrik Ettlingen**  
Telefon 8. (Baden) Telefon 8.

**Kragen-  
-Wäscherel  
Schorpp**  
Liefert schnellstens  
**Stärke-Wäsche**  
Annahmestellen:  
Karlsruhe:  
Ludwig-Wilhelmstr. 5.  
Kaiserstrasse 84 u. 243.  
Gerwigstrasse 45.  
Amalienstrasse 15.  
Waldstrasse 64.  
Wilhelmstrasse 32.  
Augustastrasse 13.  
Schillerstrasse 13.  
Kaiseralle 87.  
Gabelbergerstrasse 1.  
Rheinstrasse 18.  
Durlach:  
Hauptstrasse 15.



Rufs Heidelbeeren mit Zutat  
Pakete zu 100 Liter M.35.-  
Rufs Heidelbeeren mit Zutat  
Pakete zu 50 Liter M.17.75  
mit Süßstoff 100 Liter  
M. 3.50 teurer. 2086  
Ferner Kunstmostansatz  
mit Heidelbeersatz, mit  
und ohne Süßstoff, in  
Flaschen zu 50 u. 100 Liter.  
Niederlagen: Drogerie  
E. Deuble Nachl., Karlsruhe,  
Augartenstrasse 24.  
E. Hasl., Karlsruhe, York-  
strasse 90. Aug. Archold,  
Grötzingen. W. Rat, Söll-  
lingen. Fr. Wwe. Strübel,  
Aueb. Durlach. J. Stiefel,  
Durlach. August Peter  
Nachfolger, Durlach.

**Taschen-Uhren**  
Wenn auch reparaturbedürftig,  
werden hier angekauft in  
Weintraub 2201  
An- und Verkaufsgeschäft  
62 Kronenstrasse 62

**Pfannkuch & C**  
Früh eingetroffen  
Ein weiterer  
Waggon  
**Grüne  
Heringe**  
Pfund  
Mark 4.-  
**Pfannkuch & C**  
G. m. b. H.  
In der Kaiserstrasse  
Karlsruhe

**Wir kaufen**  
jedes Quantum Metalle,  
sämtliche Metalle, alle Sorten  
Lumpen und Rohprodukte usw.  
Sich garantieren höchsten  
Preise, Günstigster Markt  
für Händler.  
**P. Spielmann & Co.**  
Ettlingen (Baden).  
Telefon 139. 683°

**Verloren!**  
Sonntag, den 14. März,  
vormittags, auf dem Wege  
Kolltstraße, Dintenheimer  
Allee, Mannheimer Haussee,  
groß. braun. Pelztragen  
(ganzes Tier)  
gegen hohe Belohnung abzu-  
geben bei Quiveller J. Petri,  
Wwe., Kaiserstr. 102, 2281

**Galerie Moos**  
Kaiserstrasse 187. 2010  
1920 März 1920  
**K. A. Arnold  
T. Billmaier  
E. Heinrich  
L. Feilmeth**

Tüchtige, gelernte  
**Blechner, Kupferschmiede  
Karosserie-Lackierer  
Möbel-Schreiner** 649°  
**Autogene Schweißer** perfekt für  
dünne Bleche  
werden sofort eingestellt bei der Firma  
**Benz-Werke, Gaggenau i. Murgtal.**

**Palast-Theater**  
Moderne  
Lichtspielbühne **PT** Herrenstrasse 11  
Telephon 2502

Mittwoch bis Freitag  
**Sybil Smo'owa**  
in ihrem neuesten Film  
**Die Tragödie des  
Professor Dellon**  
Ein Schicksalsroman in 5 Abteilungen  
von Karl Schneider.  
Ferner:  
**Der nächtliche Gast**  
Kriminal-Drama in 4 Akten. 2297

**Union-Theater**  
Kaiserstrasse 211.  
Unwiderruflich nur bis Freitag  
Der größte  
**Prunk- und Glanz-Film**  
der Gegenwart  
**Pest in  
Florenz**  
in  
sieben Kapiteln. 2235  
**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.**

**Raucher dank!**  
ges. gesch. ermög-  
licht in einig. Tagen  
das Rauchen ganz  
od. teilweise zu unterlassen.  
Amtl. beglaub. Wink-  
verblühd, vollständig un-  
schädlich. Tügl. Anerken.  
Auskt. umsonst. Institut  
Englbrecht München R. 99.  
Kapuzinerstr. 9. 252°

**Kaffee-Ringen, Koffhaarkraut besen**  
(Wiese), werden haarhart  
geschliffen, Stk. 15 Pfg.  
Kaiserstr. 34, Baden. 1070

**Holz hauer gesucht!**  
Die Gemeinde Gaggenau sucht sofort mehrere  
gelernte Holz hauer auf längere Zeit bei guter  
Bezahlung und sieht Angeboten entgegen  
Der Gem. Invecat:  
Schneider. 675

**Baubund-Möbel**  
kaufen Sie preiswert  
und formschön gegen Barzahlung oder  
erleichterte Zahlungsbedingungen  
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft  
**Badischer Baubund G. m. b. H.**  
Karlsruhe  
Karl-Friedrichstrasse 22 (Eckhaus Rondellplatz)  
Täglich geöffnet von vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.  
Fernsprecher 5157.

**Städt. Festhalle Karlsruhe.**  
Donnerstag, den 18. März 1920, abends 7 1/2 Uhr  
**Heiterer Abend:  
Wien in Lied und Tanz**  
(18., 19. und 20. Jahrhundert).  
Leitung: Herr Otto Hans Norden, Direktor der  
Operette des Bad. Landes-Theaters.  
Mitwirkende: Fräulein Elisabeth Friedrich,  
Opernsängerin; Fräulein Nelly Schläger, Opern-  
sängerin; Herr Franz Scherwirdt, Opernsänger;  
Herr Direktor Otto Hans Norden; Herr Georg  
Hofmann, Musikdirektor; ferner: Fräulein  
Erna Dietrich und Herr Kurt Sprinz (Tanz);  
die Kapelle des Musik-Vereins Harmonie,  
Dirigent: Herr Kapellmeister Hugo Rudolph.  
Eintritt (einschließlich Lustbarkaltssteuer): Saal  
untere u. obere Galerie (nicht nummeriert) Mk. 2.50,  
eine beschränkte Anzahl nummerierter Plätze  
(Balkon, I. Reihe) Mk. 5.50.  
Kartenverkauf: Dienstag, 16. März bis Donnerstag,  
18. März, nachmittags 5 Uhr, bei Musikalien-  
handlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und  
Waldstrasse, Fernsprecher 388, am Konzertabend  
an der Festhalle-Kasse.  
Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.  
Kein Wirtschaftsbetrieb.  
Alles Nähere siehe Plakatschläge u. Programm.  
Landesverband städt. Beamten. 661

**Karlsruher  
Liederkrans**  
(E. V.)  
Samstag den 20. März, abends 7 Uhr, findet  
im grossen Festhallsaal die Feier des  
**73. Stiftungsfestes d. Fulderei**  
verbunden mit **Ball** statt.  
Mitwirkende: **Otto Hans Norden**, Direktor  
der Operette; **Elisabeth Friedrich**, Opern-  
sängerin am Badischen Landestheater, ferner  
Fuldereianer u. Fu. der Ballmusik; **Kapelle  
des Reichswehr-Schützen-Regiments  
Nr. 113** unter Leitung des Obermusik-  
meisters Bernhagen.  
Wir laden die verehrlichen Mitglieder des  
Karlsruher Liederkranses nebst Familien-  
angehörigen zu zahlreicher Beteiligung freund-  
lichst ein.  
Zum Besuch des Festes berechnen die  
Mitgliedskarten, die am Saaleingang - durch  
den westl. Ga. derobenanbau - vorzuzeigen sind.  
Einführungsrecht nur für Herren gegen  
eine Gebühr von 5 Mk. gestattet.  
Nummerierte Plätze in der ersten Reihe des  
Balkons werden in beschränkter Zahl zum Preis  
von 2 Mk. abgegeben.  
Hiesige, dem Verein nicht angehörende  
Damen haben keinen Zutritt.  
Kartenausgabe: Mittwoch, 17. März, nach-  
mittags 2-4 Uhr, im Vereinslokal, Amalien-  
strasse 14 a II.  
Auf der unteren und oberen Galerie ist Ge-  
legenheit zum Abgeben der Ueberkleider geboten.  
Fuldereianer und Abzeichen sind bei Straf-  
vermeiden anzulegen, Grillen und Sorgen zu  
Hause zu lassen. 2290  
Der Vorstand. Die Drei.  
- Saalöffnung 7 1/2 Uhr. -

**Grosse Posten**  
Mäntel :: Jackenkleider :: Röcke  
zu billigen Preisen eingekauft  
sind eingetroffen. 2115  
**Daniels Konfektionshaus**  
Karlsruhe Wilhelmstr. 34. 1 Tr.

**Blindenarbeit!**  
Sozialhaftes Geschenk für  
die Hausfrau  
**Koffhaarkraut besen**  
aus vorzüglichem Schweiß-  
haar zu haben. 1001  
W. Voos, Viktorstr. 6.

**Altmetalle**  
wie Zinn, Zink, Blei, Messing,  
Kupfer, Silber, Gold, Eisen  
und Kupfer, Maschinen, sowie  
ganze Fabrikrichtungen  
kauft  
Gemeinlein,  
Fafanenstrasse 26, Teleph. 348.

**Schwarze Kommunionhut**  
zu verkaufen. 2282  
Augartenstr. 30 a, Seiten-  
bau, 2. Stock, rechts.

**Pfannkuch & C**  
Eingetroffen:  
Ein Waggon  
frische  
**Gier**  
**Pfannkuch & C**  
G. m. b. H.  
In der Kaiserstrasse  
Karlsruhe